

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1847

25.2.1847 (No. 55)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, den 25. Februar.

No. 55.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halb. 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

1847.

Deutschland.

Karlsruhe, 24. Februar. Seit dem Schlusse des Landtags, insbesondere seit den letzten Monaten, hat sich unsere badische Presse, wie auch ein Theil auswärtiger Blätter viel mit dem Geiste und der Richtung der einzelnen politischen Parteien des Landes beschäftigt. Man hat die unbedingte, radikale Opposition der liberalen und halben gegenüber gestellt, und dann wieder die konservative und bureaukratische, und wie sie sonst noch heißen, unterschieden. In wie weit diese oder jene Richtung in den einzelnen Städten und Landestheilen die vorherrschende sey, ist schwer zu sagen, obwohl manche Blätter sich sehr abmühen, für die von ihnen beschützte Partei das Uebergewicht anzusprechen. So hat noch jüngst die „Kölnische Zeitung“ berichtet, daß die linke Seite der badischen Kammer dahin zu gelangen scheint, die verschiedenen Meinungsrichtungen ihrer Mitglieder nach und nach in jenen Ansichten zu vereinigen, die man im Gegensatz zu der unbedingten radikalen Opposition als liberale und halbe bezeichnet hat. Unter den Bürgern in den Städten dagegen, meint jener Bericht, trete eine schärfere Spaltung der Radikalen und Liberalen hervor, und dieses sey namentlich in Mannheim, Heidelberg, Konstanz u. s. w. bemerkbar. Gegen diese Ansicht des Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ sagen jedoch die „Seebblätter“: „Was Konstanz betrifft, so müssen wir dem Herrn Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ seinen Wahn gänzlich rauben, nie war hier die liberale Partei stärker radikal und einiger als heute, wozu die neuen liberalen Zeitungen ihr Scherlein beitrugen, und nie war sie übereinstimmender als in der Frage über die Kammerhalben. So geht es durch das ganze Oberland mit Ausnahme jener Bezirke, welche schon vor Anregung dieser Frage in der Finsterniß des Servilismus herumtappeten. Berichte aus den übrigen genannten Städten erwarten wir.“ Mit dieser Aeußerung der „Seebblätter“ ist nun aber der „Tagesherold“ nicht einverstanden, und erklärt: „Diesem Seebblätterdeutsch, dessen Sinn freilich nicht Jedermann gleich klar und verständlich ist, kann doch wohl keine andere Bedeutung unterliegen, als daß Herr Fidler im Namen der liberalen Bürgerschaft von Konstanz sich herausnimmt, zu behaupten, sie sey nie stärker radikal gewesen, als jetzt, und sie sey übereinstimmend in Verdamnung des Verfahrens der sogenannten Halben, unter welchen die „Seebblätter“ bekanntlich alle Mitglieder der Opposition verstehen, die nicht unbedingt dem Ansehungssysteme angehören, sondern geneigt sind, auch das Gute auf Seiten der Regierung anzuerkennen.“ Der „Tagesherold“ hält es nun sofort für eine ungebührliche Anmaßung, wenn die „Seebblätter“ so geradezu über die Gesinnung einer großen Anzahl der Bürger von Konstanz ein abschließendes Urtheil fällen; er protestirt dagegen, und fährt dann fort: „Wenn es auch in einzelnen Momenten den Anschein gewinnen konnte, als ob eine extreme Richtung in der hiesigen Einwohnerschaft vorherrschend wäre, so sind wir doch durch eine Menge von Thatsachen zu der Ueberzeugung gelangt, daß die große Mehrzahl der freisinnigen Bürger von Konstanz, der Verfinsternung und dem Rückschritte feind, doch keineswegs geneigt ist, sich als Anhänger jener radikalen Partei zu bekennen, welche sich von der liberalen hauptsächlich dadurch unterscheidet, daß sie in unbedingte feindselige Weise Allem, was von Oben kommt, sey es gut oder schlecht, Verdächtigungen entgegensetzt, während ihre Gegner das Schlimme zu bekämpfen, das Gute anzuerkennen für Recht halten.“ Es ist natürlich, daß in Konstanz wie anderwärts sich nicht alle Welt ganz besonders mit Politik beschäftigt, und außer den Zeiten, wo die Theilnahme der Bürger an Ausübung gewisser politischer Rechte besondere Veranlassung hat, überläßt man die Besprechung politischer Fragen den Einzelnen, die daran ein besonderes Interesse haben oder nehmen. Da nun gewöhnlich die am lauteften schreien, denen man am wenigsten Gehör schenken will, so mag auch hier die Stimme der einsichtsvollen und freisinnigen Bürger von jener der unbedingt radikalen Schreier häufig überhört werden; — aber doch zeigt es sich hier täglich deutlich, daß das Vertrauen, das sie unter ihren Mitbürgern besitzen haben, entschieden verloren gegangen; — daß ein Kern tüchtiger und unabhängiger Gesinnung täglich festeren Grund gewinnt. Es läßt sich mit Gewißheit behaupten, daß die konstanzener Bürger, trotz allem ihnen angebotenen Radikalismus, sich hüten werden, besagten Schreier als Werkzeuge zur Durchführung radikaler Projekte zu dienen, die dem Wohle der Stadt eben so sehr als dem des Staates zuwider sind.“

Karlsruhe, 24. Febr. Personenfrequenz und Gesamteinnahme auf der großh. badischen Eisenbahn im Monat Januar d. J.: Zahl der beförderten Personen 112 080; Einnahme an Personentaxen 47 139 fl. 42 kr., an unterwegs erhobeneu Fahrtaxen 146 fl. 39 kr., an Gepäcktaxen 2318 fl. 12 kr., an Lagergebühren 21 fl. 18 kr., an Equipagentransporttaxen 441 fl. 44 kr., an Viehtransporttaxen 774 fl. 24 kr., an Gütertransporttaxen 46 055 fl. 15 kr., an Garantietaxen — fr.; Gewicht der beförderten Güter 150,069 Ztr. 83 Pfd. Summe aller Einnahmen 96,897 fl. 14 kr.

Stuttgart, 23. Februar. Die seit dem 5. v. M. versammelte außerordentliche Ständeversammlung wurde heute im Namen und kraft besonderen Auftrags Sr. königl. Maj. durch den Minister des Innern, geheimen Rath v. Schlayer, als königl. Kommissär geschlossen. Zu diesem Ende hatten sich die beiden Kammern in dem Sitzungssaale der Kammer der Abgeordneten versammelt, wo sich Mittags um 12 Uhr der kön. Bevollmächtigte, begleitet von dem Kanzleidirektor des Ministeriums des Innern, Regierungsrath Schoder, und empfangen und eingeführt von einer ständischen Deputation, einfind. Nachdem sofort der Regierungsrath Schoder das königl. Entlassungsdekret verlesen hatte, entließ der kön. Kommissär die Ständeversammlung mit nachstehender Rede: „Durchlauchtigste, durchlauchtigste, erlauchteste, hochgeborene, hochwohlgeborene, hochwürdigste, hochzuverehrende Herren! Se. königl. Maj. haben mir den gnädigsten Auftrag erteilt, Höchstihnen getreuen Ständen den Schluß des Landtags zu verkünden. Sie haben die Geschäfte, für welche Sie außerordentlich Weise versammelt wurden, zur Zufriedenheit des Königs erledigt,

indem Sie den ständischen Ausschuss durch eine neue Vollmacht, ohne Beiziehung künstlicher Mittel, in den Stand setzten, dem Geldbedürfnis unserer Eisenbahnbauten Genüge leisten zu können. Der König dankt Ihnen für den Eifer, mit welchem Sie Ihre Aufgabe erfüllt haben, und für den Geist strenger Rechtlichkeit, der sichersten Grundlage des öffentlichen Credits, von welchem Ihre Beratungen geleitet wurden. Mit dem wärmsten Mitgefühl nehmen Se. Majestät Antheil an der durch die unzulänglichen Ernten der letzten Jahre veranlassenen Noth, welche gegenwärtig auf unserm Vaterlande, gleichwie auf so vielen andern Ländern des westlichen Europa's lastet. Auch Sie haben diese Gefühle bekräftigt, indem Sie ausgesprochen haben, keine Geldopfer des Staats zu scheuen für Unterstützung der Nothleidenden. Mit Wohlgefallen haben Se. kön. Maj. diese Erklärung der getreuen Stände aufgenommen, und es wird das Bestreben Höchstihrer Regierung seyn, nichts zu versäumen, was die Noth der Gegenwart gebietet. Gewiß werden Sie auch nach Ihrer Heimkehr in jenem menschenfreundlichen Geiste thätig seyn, und insbesondere dazu mitwirken, der Uebel größtes in den Prüfungszeiten, die den äußeren Druck stets begleitende innere Erregung, die Furcht und Beunruhigung, welche die hohen Preise der Lebensmittel nur noch mehr steigern und die Kraft zu verständigem Handeln nur lähmen könnten, auf jede Weise zu bekämpfen, damit grundlose Befürchtungen zerstreut und beängstigte Gemüther beruhigt werden. Im Namen Sr. Maj. des Königs erkläre ich die außerordentliche Ständeversammlung für geschlossen.“ — Se. königl. Hoh. der königl. Prinz Friedrich, zur Zeit Interimspräsident der Kammer der Ständesherrn, erwiderte diese Rede mit folgenden Worten: „Die zu einem ordentlichen Landtag einberufenen Stände des Königreichs sind nach der Berathung der ihnen vorgelegten kön. Propositionen bei dem Schlusse ihrer Arbeiten angelangt. Die Stände glauben in Ertheilung der dem ständischen Ausschuss gegebenen Vollmachten zur Aufnahme eines Anlehens die kräftigsten Mittel zur Förderung des Eisenbahnbaues zu finden, und wenn sie überhaupt durch die Erledigung der Geschäfte die Zufriedenheit Sr. kön. Maj. zu erwerben so glücklich waren, so kann es sie nur mit neuem Eifer innerhalb ihrer ständischen Wirksamkeit erfüllen. Se. königl. Maj. haben durch die den Ständen gemachten Vorlagen Neue Ihre väterliche Fürsorge für das Wohl Ihrer Unterthanen bekräftigt, und indem die Stände die königliche Regierung ermächtigt haben, nöthigenfalls die für diesen Zweck bestimmten Geldmittel noch um ein Bedeutendes zu erhöhen, haben sie geglaubt, dadurch am besten den wohlmeinenden Absichten Sr. königl. Maj. zu entsprechen. Nicht minder werden nach dem Wunsche des Königs die Stände es sich auch zur Aufgabe machen, nach ihrer Rückkehr in die Heimath der Nothleidenden sich anzunehmen und die Hülfesbedürfnisse durch Beförderung gemeinnützlicher Anstalten zu unterstützen, sowie durch Rath und That den Geist und die Stimmung hervorzuheben, welche zu allen Zeiten (namentlich aber in denjenigen der Noth) für das Wohl des Staates von so wesentlicher Bedeutung sind. Von solchen Gefühlen befeelt, scheiden die Stände, nachdem die ihnen gestellte Aufgabe gelöst ist, und hoffen, durch eine gesegnete Ernte bei ihrem Wiederzukommen in den Stand gesetzt zu seyn, mit erneuerter Zuversicht in die Zukunft unseres Vaterlandes zu blicken.“ — Hierauf verließ der königliche Kommissär, begleitet von der Deputation, die ihn empfangen hatte, den Saal, und die Versammlung ging auseinander.

— Se. königl. Maj. haben gnädigst genehmigt, daß in Betracht des gegenwärtigen Standes der Fruchtpreise, nach Maßgabe der unter den Zollvereinsregierungen bestehenden Vereinbarungen, Reis bis zum letzten September 1847 frei vom Eingangszoll in das Königreich eingeführt werden dürfe.

— Das Regierungsblatt vom 22. Febr. enthält eine Bekanntmachung der Regierung des Donaufreises, betreffend das gerichtliche Verbot der in Herrsbau erschienenen Flugschriften: „Macht euch bereit! Ein Wort an das deutsche Volk,“ und einer zweiten, auf dem Titelblatte bloß ein aus vier gestirnten Punkten gebildetes Kreuz und die Unterschrift tragend: „Herrsbau, Druck und Verlag des liter. Instituts, 1846.“

Vom Rhein schreibt die „Allg. Ztg.“: Wie mehrere Blätter wissen wollen, hat Holland einer Aufforderung der preussischen Regierung, die „Deutsche Brüsseler Zeitung“ im Großherzogthum zu verbieten, jetzt wirklich entsprochen. Auch in Köln, Mannheim u. s. w. ward die „Deutsche Brüsseler Zeitung“ mit Verbot belegt. Die deutsche Lesewelt verliert nicht viel an ihr, denn das Blatt referirt über die Verhältnisse Deutschlands ungefähr in der Weise heinrich'scher Broschüren und im Style der „Deutschen Londoner Zeitung“. Welche Wellenschläge Hr. v. Bornstedt — einen früheren Schützling des „Rheinischen Beobachters“, der seine Bedeutung in vielen Artikeln herausstrich — auf diesen verlorenen Posten geführt, wissen wir nicht, aber merkwürdig bleibt es immerhin, welche Schlaglichter manchmal auf die fallen, denen jenes Blatt mit das große Wort zugestekt. Die Beispielsammlung ließe sich leicht vermehren, wenn man untersuchte, wie es wohl gekommen, daß dieser und jener Korrespondent des „Rheinischen Beobachters“ so malkontent und giftig gegen dieses oder jenes andere deutsche Blatt geworden. Jener Prospektus der nicht zur Geburt gekommenen Berliner „Deutschen Zeitung“ hat ein beachtungswerthes Wort gesagt, wenn er die konservativen Reichen vor Manchen von denen warnte, die Bezugsgebe genommen, um unter diesem Banner zu sechten. Geschicht es z. B. im Interesse des Konservativsystems, wenn heute Dahlmann, morgen Kaumer wegen einer augenblicklichen Mißstellung, in die sie ein rasches, wenig abgewogenes Wort gebracht, ohne weiteres zu den Feinden des preussischen Namens, zu den europäischen Störfrieden und Wühlern geworfen werden? Kaumer's Rede mag, bei dieser Gelegenheit gehalten, eine Taktlosigkeit, wenn man will, ein entschiedener Mißgriff gewesen seyn; dem Eifer des „Rheinischen Beobachters“ aber ist sie ein „plattes“ und „triviales“ Produkt, welches „Ungeschicklichkeit“ und „Impietät“ dem berühmten Geschichtsschreiber eingegeben. Hr. Bericht, der selbst in geschichtlichen Studien verkehrt, beschuldigt den Geschichtsschreiber der Hohenhausen, er habe die Rede „schülerhaft“ ausgeführt. Man gibt zu verstehen, daß Hr. v. Kaumer — gewiß der

konservativste Mann der Welt! — bereits mit den Radikalen auf einer und derselben Linie stehe, ein und dasselbe Handwerk treibe. „Schon feiert der Radikalismus, der bekanntlich in Preußen seinen erbittertsten Feind sieht, mit schadenfrohem Händereiben den unerschrockenen Kämpfer für Licht u. Wissenschaft; seine Rede ist nach dem pomphaften Bulletinstyl der Partei eine That geworden.“ Und in einer Anmerkung wird dann hinzugefügt: „Es wäre interessant, zu wissen, ob jemals in irgend einer Akademie von Europa eine Unschicklichkeit dieser Art vorgekommen ist. Wahrscheinlich ist sie die erste und hoffentlich auch die letzte; denn, wie wir hören, wird Hr. v. Raumer nicht mehr im Namen der Akademie auftreten.“ Glaubt Hr. Bercht nicht, daß die Radikalen, weit mehr als über des friedfertigen Hrn. v. Raumer's Rede, darüber sich die Hände reiben werden, daß diejenigen, welche als Repräsentanten preussischer Gesinnung auftreten, so in ihren eigenen Eingeweiden wählen?

Halle, 15. Febr. (R. Z.) Heute oder morgen soll nachfolgende Adresse an Sr. Majestät abgehen. Unter den zahlreichen Unterschriften machen sich besonders die Namen der Magistratsmitglieder, der Stadtvorordneten und vieler Professoren bemerklich. Folgendes aber ist der Wortlaut der Adresse: „Allerburchlauchtigster, Großmächtigster, Allergnädigster König und Herr! Die allerunterthänigst unterzeichneten Bürger und Einwohner Allerhöchstherrlicher getreuen Stadt Halle nahen ehrfurchtsvoll dem königlichen Throne, um Sr. Majestät für die am 3. Februar erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, die Erweiterung der ständischen Einrichtungen betreffend, ihren gehorsamsten und freudigen Dank auszusprechen. Sr. Majestät sind dadurch einem längst gehegten und vielfach geäußerten Wunsche Ihres treuen Volkes entgegen gekommen, und haben an die Befriedigung eines lange und tief empfundenen, schon von Allerhöchstherrlichen in Gott ruhenden Vaters Majestät anerkannten Bedürfnisses die fördernde Hand gelegt. Diese Wiederbelebung eines alten geschichtlichen Rechtes, eines alten deutschen Herkommens wird nicht ohne segensvolle Früchte bleiben. Nur wo der Bürger mit den Räten des Fürsten die Gesetze erwägt und berät, welche die Wohlfahrt des Ganzen erfordert, nur wo er Theil nimmt an der Prüfung der Bedürfnisse des Staates und an der Auflegung und Vertheilung der Steuern, welche diese Bedürfnisse unabwieslich erheischen; nur wo er sich den gesetzlichen Weg gesichert weiß, durch seine Vertreter seine Wünsche und Beschwerden zur Kenntniß der höchsten Leitung des Staates zu bringen: nur da lebt der Bürger auch in dem Staate und mit demselben, empfindet sich als ein Glied des Ganzen, ist durchdrungen von dem Gefühl, daß mit der Wohlfahrt des Ganzen auch seine eigene Wohlfahrt zusammenhängt, und entschließt sich freudig zu jedem Opfer, welches er als nothwendig für die Würde der Krone und für das Beste der Gesamtheit erkennt. Diese Bahn eines wahrhaft gedeihlichen Staatslebens haben Sr. Kön. Maj. jetzt durch Ihre Entschlüsse vom 3. Februar den Hoffnungen und Wünschen, dem ernstlichen und besonnenen Streben Ihrer getreuen Unterthanen eröffnet und dadurch ein neues Band geschaffen, welches diese nur fester und inniger an den glanzvollen preussischen Thron und an das angestammte Königshaus knüpfen wird. Keinen schöneren Tag konnten Sr. Majestät zu dieser Verkündigung wählen, als den Tag, an welchem vor 34 Jahren des Höchstseligen Königs Majestät Ihre Väter und mit ihnen alle unsere deutschen Brüder zum Kampfe gegen die fremden Unterdrücker aufrief. Von jenem Tage begann die neue Erstickung und Kräftigung des preussischen Staates; von dem 3. Februar dieses Jahres wird, so vertrauen wir, seine höhere Entwicklung in einem wahrhaft volksthümlichen Staatsleben zu immer steigender Macht und Größe beginnen. Der Weg, Allergnädigster König und Herr! den wir an der leitenden Hand Sr. Majestät jetzt hoffnungsvoll betreten, hat ein anderes Volk deutschen Blutes zu einer in der Geschichte noch nicht gekannten Herrlichkeit und Machtvollkommenheit geführt; auch Ihr getreues Volk fühlt, daß es auf diesem Wege, und nur auf diesem, das Große zu erringen vermag. Die königlichen Erlasse vom 3. Februar werden den festen Grundstein einer neuen Epoche in unserer staatlichen und volksthümlichen Entwicklung bilden. Der Ausdruck dieser freudigen Hoffnungen und des lebendigen Dankgefühles, in dem sie wurzeln, bitten wir, Sr. Königl. Majestät ehrfurchtsvoll darbringen zu dürfen als ein Zeugniß, daß wir in althergebrachter treuer und vertrauensvoller Anhänglichkeit die hohe Bedeutung Allerhöchstherrlicher königlichen Gewährung dankbar erkennen und verehren. Mit innigen Wünschen für eine lange und beglückte Regierung unseres großherzigen Königs beharren wir Sr. Majestät zc. zc.“ (Folgen die Unterschriften.)

Berlin, 20. Febr. (Fr. D. P. A. Z.) Die heutige „Allg. Preuss. Zig.“ bringt einen Artikel über „die Haltung der periodischen Presse in Betreff der ständischen Gesetze vom 3. Februar“, der es sich zur Aufgabe stellt, nicht im richtenden Tone, sondern im Tone der anerkennenden Erörterung auf die betreffenden Urtheile der Journalistik einzugehen. Der Auffassung der französischen und englischen Presse gegenüber (meint der Artikel), „steht die deutsche Presse in unseren neuen ständischen Gesetzen ein Band, welches Preußen zu einem festen, kräftigen und einigen Ganzen zusammenschafft, und mit Freude nehmen wir den von diesem Geiste eingegebenen Jura der „Königlichen Zeitung“ auf: „Also Vertrauen — aber von beiden Seiten,“ indem wir zugleich, wie sie, dafür halten, daß Offenheit der beste Weg seyn wird.“ Weiter geht der in Rede stehende Artikel auf das mehrfach ausgesprochene Urtheil ein, „daß Viele in einigen und nicht unwichtigen Punkten andere Bestimmungen erwarteten, daß das Verliehene keine Konstitution sey, welche uns schließlich befriedigen könne, daß deshalb noch „viele dritte Februaire“ folgen müßten, bis das Werk vollendet heißen könne.“ „Verstehen jene Blätter, heißt es hierzu, bei Aeußerungen solcher Art nur: daß sie von dem neuen Gesetze den Eindruck naturgemäßer Bildungsfähigkeit haben, daß sie darin keine eiserne Form finden, die sich nach den Bedürfnissen späterer Zukunft nicht zu biegen vermöge, so wäre dem Erheblichen nicht entgegen zu setzen. Denn wir glauben, daß ein weiser Gesetzgeber noch nie gewillt war, „eine ferne Zukunft vorher zu bestimmen,“ über welche die Menschen keine Macht haben, sondern nur etwas zu schaffen, das, eben weil es feste Wurzeln in der Nationalität, in dem von der Zeit und ihren Formen nicht abhängigen Wesen eines Volkes hat, das wahre Bedürfnis der Gegenwart befriedigen und mit den aufstauenden Bedürfnissen späterer Zukunft Schritt halten kann. Liegt hingegen in jenen Worten eine Aufforderung, daß es von nun an Aufgabe seyn müsse, ein mehr oder minder willkürlich gewähltes Ideal in die Gegenwart hineinzuziehen, die Gegenwart um dieses Ideals willen gering anzuschlagen, und das Gegebene lediglich als ein Mittel, Anderes zu erlangen, zu gebrauchen, so müssen wir dawider im Namen des Gedeihens unserer neuen ständischen Gesetze auf das Entschiedenste Einsprache thun.“ — Man wird es gewiß nur freudig begrüßen, daß von ministerieller Seite selbst die weitere Anregung zur würdigen Debatte der hochwichtigen Verfassungsfrage gegeben wird, wie denn überhaupt

aus der Haltung, welche die „Allgemeine Preussische Zeitung“ in Betreff der ständischen Gesetze angenommen hat, indem sie selber die Offenheit der Meinungsäußerung betont, hervorgeht, daß es in Berlin Ernst zu seyn scheint mit der ächten konstitutionellen Entwicklung des preussischen Staatslebens.

Berlin, 20. Februar. (Fr. D. P. A. Z.) Zum Bau eines großartigen Ständehauses dürfte hier wohl schon im Frühjahr der Grundstein feierlich gelegt werden. Mehrere renommirte Architekten sollen bereits aufgefordert worden seyn, Pläne dazu zu entwerfen und dann zur Begutachtung einzureichen.

Spanien.

Paris, 22. Febr. Die neuesten Nachrichten aus Madrid vom 15. d. melden, daß die Adressenrede wahrscheinlich abermals durch eine neue ministerielle Verwicklung aufgehalten werden dürfte. Der Kriegsminister, General Pavia, hatte seine Entlassung gegeben. Man behauptet, daß er darauf bestanden habe, mit seinem Portefeuille alle Attributionen eines Generalissimus der Armee zu vereinigen. Diese Ansprüche fanden die Zustimmung seiner Kollegen nicht, und der Herzog von Soto-Mayor wird im Namen des Kabinetts die Königin ersuchen, die Entlassung des Generals anzunehmen. Man bezeichnet als seinen Nachfolger den General José Concha, — das Portefeuille der Marine, das ebenfalls noch nicht vergeben ist, wird wahrscheinlich Herr Olivan erhalten.

Frankreich.

Paris, 21. Februar. Auf den Vorschlag des Herrn Fulchiron wurde von der Pairskammer ein Gesetzentwurf, der dem Minister des Innern einen Kredit von zwei Millionen Franken für Unterstützung der Hospitäler gibt, einstimmig votirt, ohne daß der Gesetzentwurf vorher einer Kommission übergeben worden wäre. — In den Abtheilungen der Deputirtenkammer wurden zwei höchst wichtige Vorschläge geprüft. Der eine, vom Deputirten Demesmay eingebracht, verlangt eine Reduktion der Salzsteuer. In allen neun Abtheilungen wurde die Vorlage in der Kammer beschloffen. Der zweite ist der lange vorausgeschickte Gesetzentwurf, wornach die Bank autorisirt werden soll, Noten zu 250 Franken ausgeben zu dürfen. Bekanntlich war das Minimum der bisherigen Noten 500 Franken. Bei der letzten finanziellen Krise hat sich jedoch gezeigt, daß der französische Detailhandel schon nicht mehr reich genug ist, um Billete von 500 Franken zusammenhalten zu können. In der dritten Abtheilung betritt Herr Thiers mit vieler Heftigkeit die Maßregel: er behauptete mit Recht, daß die kleinen Papiere das Metallgeld verdrängen, und daß man dann in Zeiten eines Krieges oder einer Hungersnoth in Nothen aller Art gerathen müsse, weil das Ausland bloß Metallgold an Zahlung nimmt. Allerdings sind diese Ausnahmefälle dem kleinen Papiergeld ungünstig — aber leider hat der regelmäßige, gewöhnliche Friedenszustand diese Maßregel nothig gemacht; heute leidet der Detailhandel an Geldnoth, und heute verlangt er Hilfe. Die Mitglieder der gewählten Kommission sind darum auch fast Alle für den Entwurf.

Paris, 22. Februar. Der König der Belgier wurde heute aus Brüssel in den Tuilerien erwartet; ein eigenhändiges Schreiben des Königs der Franzosen soll ihn hierher berufen haben. Vom Grafen St. Aulaire sind gestern aus London Depeschen angelangt, die wahrscheinlich Bezug auf den in London am 20. d. abgehaltenen Kabinettsrath haben dürften. Nach dem Eintreten derselben wurden sämtliche Minister in die Tuilerien berufen und arbeiteten mit dem Könige. — Die Journalpolemik wegen des Normandy'schen Balles wird noch immer fortgesetzt; zwar beharren die ministeriellen Blätter hartnäckig auf ihrem Schweigen, aber die halbministerielle „Presse“ tritt um so heftiger gegen den britischen Botschafter auf, den „Etoile“ und „Commerce“ vergebens in Schutz zu nehmen suchen, und den „Galignani's Messenger“ sehr ungeschickt vertheidigt. — Es zirkulirt hier eine allerliebste Karrikatur, die von einem der besten Zeichner herrührt, — es ist dies ein leicht lithographirtes Croquis, den Ballsaal des Lord Normandy vorstellend, die Kronleuchter brennen, Blumen stehen überall, der Botschafter und seine Familie stehen an der Thüre und warten auf die Gäste. Aber die Uhr des Salons zeigt schon 2 Uhr nach Mitternacht, das Orchester ist fest eingeschlafen, und es sind noch keine Gäste da, als Herr Thiers, der in einer Ecke mit einer langen Nase sitzt und sagt: „J'aurais mieux fait de ne pas venir!“ Rechts stehen drei Diplomaten mit der Uhr in der Hand, und sagen: „Nous étions dix minutes chez Mr. Normandy, allons pour dix minutes chez Mr. Guizot; — et tout le monde sera content.“ Im Hintergrunde sieht man durch die geöffnete Saalthüre die Bedienten des Botschafters mit Stöcken und Stricken bewaffnet, eine Menge englischer Familien in den lächerlichsten Nachkostümen, als gewaltsam gepreßte Gäste, hereintreiben. Die „Patrie“ und mit ihr mehrere andere Blätter behaupten, daß eine durchgreifende Modifikation des Kabinetts im Werke sey, und binnen sehr kurzer Zeit in's Leben treten werde. Die Herren Martin, Cunin-Gribaine, St. Von und Lacaze-Laplague treten ab, und das Kabinet soll nun folgendermaßen arrangirt werden. Ministerpräsident: Marschall Soult, Ausrüstung: Herr Guizot, Inneres: Graf Duchatel, Justiz: Herr Hebert, Unterricht: Herr Labidières, Krieg: General Schramm, Finanzen: Herr H. Passy, Marine: Graf Salvandy, öffentliche Arbeiten: Herr Dumon, Handel: Herr Maret du Bord. — Die „Gazette de France“ will dagegen wissen: Kriegsminister werde Marschall Bugeaud, der den Befehl erhalten habe, sich in aller Eile nach Paris zu begeben. — Der Infant Enrique ist in Toulon mit allen ihm gebührenden Ehren empfangen worden, und hat am 19. seine Reise nach Paris angetreten; — heute Abend oder Morgen frühe wird er hier erwartet. — Die „Presse“ spricht heute die Ansicht aus, Lord Howden, der lange Zeit erster britischer Gesandtschaftssekretär in Paris war, wäre der passendste Nachfolger für Lord Normandy, der unmöglich länger auf seinem hiesigen Posten bleiben könne. — Die Journale sind heute alle ziemlich inhaltslos in ihrem Hauptblatte; dagegen beschäftigen sie sich in ihren Feuilletons mit großer Breite mit der Eröffnung des Théâtre historique. Die Vorstellung des Eröffnungsdrames: La Reine Margot, von A. Dumais, dauerte von 6 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens, also zehn volle Stunden. — Gestern um 2 Uhr fand im Playel'schen Saale das große Konzert zum Besten des deutschen Hilfsvereins Statt; der Besuch war sehr zahlreich und die reine Einnahme belief sich gegen 3000 Fr. Die Sängerin Dem. Badding, der Pianist Sigmund Goldschmidt, die H. Theodor Piris, Bieling, Fr. Ehrmann u. f. w. wirkten mit. In künstlerischer Hinsicht läßt sich das Konzert als eines der vorzüglichsten in der ganzen Saison bezeichnen.

Aus dem Elsaß, 20. Februar. (Fr. Z.) Der strenge Winter hat uns plötzlich verlassen. Seit einigen Tagen herrscht das schönste Frühlingswetter, welches allgemein das regste Leben verbreitet, dem Handel seine gewöhnliche Thätigkeit verleiht und namentlich die Wiedereröffnung der Schifffahrt ge-

stattete. Die Besorgnisse in Bezug auf eine weitere Theuerung der Lebensmittel schwinden mit jedem Tage mehr, denn auf allen Märkten des Elsaßes wichen diese Woche die Preise der Lebensmittel sehr beträchtlich. Auf dem gefährigen Fruchtmarkt in Straßburg waren, trotzdem, daß die Schiffsahrt so lange stille stand und die Zufuhren aus der Ferne fehlten, über 3000 Hektoliter Weizen ausgestellt, die zu einem weit geringeren Preise verkauft wurden, als die Bauern erwartet hatten. In unserer ganzen Umgegend waren diese Woche die Früchte zu wohlfeileren Notirungen angeboten, als in der ersten Hälfte dieses Monats. Aus Marseille und Holland sind große Quantitäten Weizen angekündigt, die schon in den nächsten Wochen eintreffen werden. Ein Theil der von der Gemeindebehörde in Straßburg erworbenen 17,000 Hektoliter Weizen wird schon in einigen Tagen an seinem Bestimmungsorte anlangen. Die gemeinschaftlichen Anstrengungen der verschiedenen Verwaltungen haben der Theuerung ein Ziel gesetzt und tragen dazu bei, daß die Lebensmittel wieder auf ihre normalen Preise zurückgeführt werden. Die Brodtaren konnten in den letzten Tagen allenthalben herabgesetzt werden. Die Beschäftigungen der arbeitenden Klassen mehren sich wieder und die allgemeine Noth mindert sich dadurch. Nirgends wurde bei uns bis jetzt die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört. Das Ministerium hat weitere Gaben an die verschiedenen Wohlthätigkeitsanstalten bewilligt und zugleich die Verordnungen über unbefugte Gemüthsung in den Getreidehandel aufs Neue eingeschärft, ohne jedoch der Freiheit des Verkehrs Eintrag zu thun.

*** Das Schützenwesen in Tirol und Vorarlberg.**

(Schluß.)

Rede des Gouverneurs und Landeshauptmanns von Tirol zur Eröffnung des ständischen Kongresses zu Innsbruck. Hochwürdigste, Hoch- und Wohlgeborene, Hochverehrte Herren Berordnete und Vertreter der Stände von Tirol! „Es ist eine ehrwürdige alte Sitte, daß bei dem Beginne jedes Landtags die Stände vor Allem ihre Aufmerksamkeit auf die kaiserlichen Erlasse richten, die seit ihrer letzten Versammlung an das Land ergangen sind, und mit tiefgefühltem Danke die neuen Beweise landesväterlicher Huld und Gnade aufnehmen, die ihrem Vaterland darin zu Theil geworden sind. Blicken wir nun auf das letztenschwundene Jahr zurück, so ist es ein Gelaß, der vorzugsweise unser Augenmerk auf sich zieht, die kaiserliche Schießstandordnung für Tirol. Aus viele l. f. Entschliessungen sind Jahr für Jahr an uns ergangen, die das Wohl unseres Vaterlandes fördern und besiegeln. Dieses kaiserliche Reskript ist weniger für das Land, als für das Volk erlassen, rührt an eine tiefnachhallende Seite seines Geistes, und greift folgenreich in unsere Zukunft hinüber. Die göttliche Vorsehung, welche die Geschichte der Länder und Völker lenkt, und jedem seinen Platz in der Weltgeschichte anweist, hat uns zur Gränzhut befehlet zwischen den deutschen und romanischen Völkern, und da ward denn ein oft erneuter Kampf zum Erbtheil uns bechieden von jenem wilden Kriegszug der Cimbern an, die vor 2000 Jahren aus unsern Bergen heraus Italien überfielen, bis auf die letzten Kriege vor kaum 30 Jahren. In ihnen wurde unser Bergvolk geküßt und schon die Römer fanden hier in unserm Lande einen Widerstand, den sie früher nie empfunden hatten. Ein wildes Volk nennt Horaz die Genauen und die behenden Brennen, die am obern Eisack wohnten, und die grausamen Rhätier, deren Burgen der römische Feldherr Drusus von ihren furchtbaren Höhen herabwarf.

*Drusus Genaunos implacidum genus
Brennosque veloces et arcus
Alpibus impositas tremendis
Dejecit acer plus vice simplici
..... immanesque Rhaetos
Auspiciis pepulit secundis.*

Was unser Volk den Römern gegenüber war, das war es fort und fort bis auf unsere Zeit, eine treue Schutzwehr Deutschlands gegen die Feinde, die es von Süden bedrohten, ein treuer Hort des Fürstentammes, mit dem es nun bald 500 Jahre verbunden ist, für den es Gut und Blut zu opfern freudig immer bereit war, vom Herzoge Friedrich an, bis auf unsern und unvergessenen Kaiser Franz. Der Geist der Wehrhaftigkeit liegt tief in unserm Volke eingepflanzt. Im Frieden schlummert er unbemerkt, sich selber unbewußt oft viele Jahre lang, bis der zündende Funke fällt und er in hellen Flammen auflodert. So waren nahe an 30 Jahre vorübergezogen, seit Tirol zum letzten Male in Waffen gestanden war, nirgends regte sich mehr eine Spur des alten Schützengewisses, er ist vorüber, dachten Viele; Schade, daß man nicht gesucht hat, ihn rege zu erhalten, flagten Andere. Da kam die Kunde in unser Land, unser Herr und Kaiser werde kommen, sich hier huldigen zu lassen, und wünsche, daß dabei die Schützen aufzögen. Drei Monate — und mehr als 15,000 Schützen waren unter den Waffen und zogen schmunzelnd und freudig an ihrem kaiserlichen Herrn vorüber, als wäre es ihr Geschäft von Jugend an gewesen. Nicht antreiben, zurückhalten mußte man die Schützen, um dem Lande nicht zu viel Kosten zu verursachen. Da staunte Alles und sann von Neuem auf Mittel, diesen Geist schnell festzubannen durch Schützen-Ordnung, Privilegien und Begünstigungen aller Art. Auch von den Ständen wurden erneuerte Anträge darüber an Se. Majestät gerichtet. Ich halte diese Absicht für ein vergebliches Streben. Der Geist der Wehrhaftigkeit in unserm Volke ist kein Kobold, der sich durch Zauberformeln in eine Flasche leiten und darin festhalten läßt, bis die Stunde kömmt, wo man ihn braucht. Er ward begründet durch die Stellung, die uns Gott in unsern Bergen angewiesen hat, und wird festgehalten durch den frommen, gottgegebenen Sinn in unserm Volke. So lange dieser rege erhalten wird, so lange wird die wahre Vaterlandsliebe in unserm Volke leben, so lange wird, und wäre es auch nach Jahrzehnden und Jahrhunderten des Friedens, der zündende Funke immer schnell zur Flamme werden, für Gott, Fürst und Vaterland. Schwände der gottgegebenen Sinn in unserm Lande einst dahin, würde es einst gleichgültig für unsern alten wahren Glauben, was Gott verhüte, dann wird auch die best, die klügste ersonnene Schützenordnung kein Feuer mehr anzünden in der Brust unserer Jünglinge. Darum liegt das Wesen der Schützenordnung nicht in einigen Formen mehr oder weniger, nicht in einigen Begünstigungen, nicht in äußerem Glanz und Hitter, — sondern in der Gesinnung, in der die Wehrpflicht aufgefaßt wird. Diese Gesinnung und Wehrhaftigkeit soll in unserm Volke genährt und erhalten, die Jugend an den Waffengebrauch gewöhnt und darin geübt werden. Das war das Streben unserer Landesfürsten von alten Zeiten her, dies war von jeher der Hauptzweck der Schützen- und Schießstandordnungen in Tirol, und ist es auch noch heute. Die älteste, mir bekannte Schießstandordnung wurde unter dem Erzherzoge Ferdinand Karl im Jahr 1652 erlassen, aber schon 80 Jahre früher finden wir unter seinem

Vorfahrer, dem ritterlichen Erzherzoge Ferdinand, l. f. Gnadengaben an Gemeinden zu dem Schießen mit ihren Zillbüchsen. Wie die Tiroler bei dem französisch-bayerischen Einfall im Jahre 1703 ihre Büchsen zu gebrauchen wußten, ist uns Allen wohlbekannt. Einen neuen Aufschwung erhielt das Schützenwesen in einem spätem Kriege im Jahr 1733. Als die Feinde die vorderösterreichischen und italienischen Landesgränzen bedrohten, mußte der tirolische Landeszug dahin ausdrücken. Darunter befanden sich treffliche Schützen, deren Fertigkeit und Sicherheit die Bewunderung der kaiserlichen Generale auf sich zog, so — daß sie es selbst waren, die a. h. Orts um Beförderung dieser so nützlichen Waffenübung einschrritten. Dies hatte zur Folge, daß bald darauf eigene l. f. Kommissäre in alle Landesviertel abgeordnet, die Rollen der in jedem Gerichte befindlichen Scharfschützen neu aufgenommen, die Haupt- und Filialschießstände neu eingerichtet, und die Schießgaben zur Behebung der Schießübungen an Sonn- und Feiertagen beträchtlich vermehrt wurden. Um dieser für die Landesverteidigung so wichtigen Anstalt eine feste Grundlage zu geben, wurde die Schießstandordnung vom 3. August 1736 erlassen, die bis jetzt als gesetzliche Norm bestand. Die Schießgaben wurden in eben diesem Jahre von der hohen Hofkammer auf 1477 fl. 10 kr. festgesetzt und ein gleicher Betrag von der Landschaft auf ihre Kasse übernommen. Von da an widmeten die Regierung und Landschaft dem Schützenwesen eine erneute höhere Aufmerksamkeit. Die großen Ereignisse am Schlusse des vorigen und im Beginne des gegenwärtigen Jahrhunderts zeigten das Schützenwesen in Tirol in seiner vollen weltgeschichtlichen Bedeutung. Dank der göttlichen Vorsehung und der landesväterlichen Vorsorge unserer Monarchen, für unser Wohl ist dem langen Kriege ein langer, tiefer Frieden gefolgt. Um ihn zu sichern und für alle Wechselfälle des Schicksals gerüstet zu seyn, haben Se. Majestät in der Mitte des Landes ein großes Bollwerk errichten lassen, und nun diese neue Schießstandordnung genehmigt, die unserm Lande seine alte Waffenfreude und Gewandtheit wieder geben und erhalten soll. In meine Hände — als Landeshauptmann — und in die meiner Nachfolger ist nach alter Sitte die Oberleitung des Schützenwesens gelegt, mir ist die Ausführung der neuen Ordnung übertragen, und gar gern übernehme ich es — das große Werk zu fördern. Allein — wenn es gelingen soll — bedarf es dazu der aufrichtigen, kräftigen Mitwirkung des Landes, und darum wende ich mich an Sie — Hochverehrte Berordnete und Vertreter der Stände von Tirol — und wende mich an Sie in dieser feierlichen Stunde, wo ich hoffe, daß meine Worte einen um so tiefern Eindruck machen werden. Es ist Alles daran zu legen, daß das Volk die Bedeutung des Schützenwesens und die Bestimmung der neuen Schießstandordnung richtig erfasse und zu den gegenwärtigen Bestimmungen Vertrauen gewinne, und dies erzielen weit weniger gedruckte Patente und Verordnungen, als die persönliche Einwirkung von Männern, die das Vertrauen des Volkes besitzen, so wie Sie. Unsere wehrhaften Männer, vor allen unsere Jünglinge, sollen Lust und Freude zu ihrer alten sieg- und ruhmgekrönten Waffe erhalten und wohl darin sich üben und bereit seyn, auf jeden Ruf ihres Monarchen auszugehen und ihren alten Wahlspruch zu erfüllen. Das ist das Wichtigste, das Wesentlichste einer Schützen- und Schießstandordnung für Tirol. Wer Anderes erwartet, geht irre, und hat unsere Geschichte nicht zu Rath gezogen. Es ist vielfach der Wunsch ausgesprochen worden, daß in diese Schießstandordnung auch die Errichtung und Dienstanordnung der Schützen hätte aufgenommen werden sollen. Es ist nicht geschehen, und bei ruhiger Betrachtung aller Verhältnisse halte ich es für ein Glück, daß es nicht geschehen ist, wir hätten besorgen müssen, daß in der Ausführung leicht jene schwerfällige Milizeinrichtung wiedergekehrt wäre, die mehr als einmal lähmend in unser Schützenwesen eingriff. Die jetzige Schießstandordnung schweigt von der Organisation des Schützenwesens, und um so freier von lästigem Zwang kann nun der Geist der Wehrhaftigkeit in unserem Volke sich entwickeln, von dem ich mehr erwarte, als von der besten gedruckten oder geschriebenen Anordnung. Dies ist nach meiner Ansicht bei weitem der wichtigste Gegenstand, den ich bei dem Beginne unseres Landtages Ihrer Aufmerksamkeit empfehle. Noch manche für unser Land nicht unbedeutende Gegenstände sind für Ihre Berathung vorbereitet, aus denen Sie die immer gnädige Gesinnung unseres Monarchen für das Wohl unseres Vaterlandes und die thätige Mitwirkung der Landesbehörden ersieht werden. Mit Vergnügen sehe ich dabei auch jenen Gegenständen entgegen, die Sie selbst zum Besten des Landes zur Berathung bringen wollen. Ich rechne auch bei diesem Landtage auf das Vertrauen, das Sie mir bei den frühern bewiesen haben. Die Uebereinstimmung in unserer Gesinnung, das Beste des Landes zu fördern, wird uns leicht zur Verständigung in unsern Ansichten führen und das innige Band befestigen, das zwischen Sr. Maj. unserm allergnädigsten Herrn und seinem treuen Land Tirol jederzeit bestanden hat, und auch in Zukunft bestehen wird.“

Der Gouverneur und Landeshauptmann von Tirol ist der natürliche und verordnete Vorstand des Schützenwesens, und als solcher von jeder Form verbunden. Um aber der Bestimmung der Verordnung zu genügen, welche nur den eingeschriebenen Schützen als solchen anerkennt, unterzog sich der hochgestellte Beamte der Aufnahme in die Schützengesellschaft zu Innsbruck. Der Akt der Zummatrikulirung wurde am 10. Mai 1846 von dem Oberschützenmeister Leopold Grafen v. Ränigl und dem Unterschützenmeister Ernst Grafen v. Wolfenstein feierlich vollzogen.

Wir glauben nun jede fernere Betrachtung unterdrücken zu müssen. Erkennen wir dankend die Weisheit der österreichischen Regierung, denn was in irgend einem Gaus gethan wird, um den Bürger wehrhaft zu machen, um die Heiligkeit des Bodens zu beschützen, das kömmt dem ganzen großen Vaterland zu Gute. Da aber in allen deutschen Landen die alte Liebe zur volksthümlichen Waffe mächtig, wie eine Ahnung künftiger Ereignisse, erwacht, so darf der Deutsche wohl den Wunsch aussprechen: es möge überall der nämliche Sinn geehrt und gepflegt werden, wie es in Tirol geschieht. Noch ist der Deutsche treu, gläubig und tapfer, und wenn sein Gemüth jetzt Raum hat für alte Stämme deutscher Nation, so lebt darin doch noch immer die Liebe für seine angestammten Fürsten. Was aber in dem einen Lande nützlich und ausführbar ist, das wird im anderen weder schädlich noch unmöglich werden, wenn man es nur nach den besonderen Verhältnissen gestattet. Die Jahre 1813 und 1814 haben gezeigt, welche große moralische Kraft die taktische Fertigkeit der Here gewinnt, wenn die Bürger sich dem Kampf für Fürst und Vaterland nicht entziehen; wenn im Verteidigungskriege die wehrhaften Söhne des Landes um den Kern des Heeres sich schaaeren, wenn sie Waffen führen, deren furchtbare Wirkung von einer langen Uebung bedingt wird, welche bei unseren Wehrverfassungen auf den Exercierplätzen schwer erworben werden kann.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

Table with 4 columns: Barometer, Thermometer, Wind, etc. for Feb 22.

Dankfagung.

A 221 Ettlingen. Allen, welche die irdische Hülle unseres Vaters...

Ettlingen, den 23. Februar 1847.

Hinterbliebenen.



A 43 Lörrach. (Dienstvertrag.) Bei der hiesig kombinierten Berechnung...

Die hierzu Lusthabenden Herren Kameral-Praktikanten...

Dauer.

978.3 Emmendingen. (Erledigte Gehältsstelle.) Mit dem 18. Mai d. J. wird die erste Gehaltsstelle...

Emmendingen, den 21. Februar 1847.

Großh. bad. Oberrechner.

Winter.

972.2 Stodach. (Offene Defopistenstelle.) Ein im Expedieren gewandter Defopist...

Stodach, den 20. Februar 1847.

Großh. bad. Antirevisorat.

Rothmund.

970.1 Nr. 3979. Ettlingen. (Schuldenliquidation.) Die unten benannten Personen...

Ettlingen, den 2. März d. J.

Bermittlungs 9 Uhr.

anberaumt, wozu die etwaigen Gläubiger derselben mit dem Anfügen...

anberaumten Liquidationstagfahrt vor dem Distriktsnotar...

- 2) die Karl Becker'schen Eheleute mit vier minderjährigen Kindern, 3) die Alois Becker'schen Eheleute mit fünf minderjährigen Kindern...

Ettlingen, den 18. Februar 1847.

Großh. bad. Bezirksamt. v. Punolstein.

939.3 Nr. 3944. Radolfzell. (Aufsorderung.) Der Weicher Adam Keller von Radolfzell...

Radolfzell, den 17. Februar 1847.

Großh. bad. Bezirksamt. & Rein.

Staatspapiere.

Wien, 19. Febr. 5prozent. Metalliques 108 7/8, 4prozent. 99 1/2, 3prozent. 72 1/2; 1834er Loose 153 1/2...

Table with columns: Frankfurt, 23. Februar, Metalliquesobligationen, Wiener Bankaktien, etc.

Table with columns: Gold, Silber, Neue Louisdor, Friedrichsdor, etc.

Karlsruher Anzeiger.

Karlsruhe. (Großherzogl. Hoftheater.) Donnerstag, den 25. Februar: Zum ersten Male: Ein Beschützer, Schauspiel in 2 Aufzügen...

Freitag, den 26. Februar: Mit allgemein aufgehobenem Abonnement: Zum Vortheil des Herrn Obermayer: Die beiden Nachtwandler...

A 18.1 Karlsruhe. Erklärung. In Bezug auf die Anzeige des Herrn Emil Siehne...

Meinen verehrlichen Abonnenten diene indes- sen zur Verhütung, daß ihnen ihre Bestellungen ununterbrochen zugehen werden.

A. Bielefeld. Freundlicher Wunsch. Die aus der reichen Schatzkammer unserer älteren deutschen Meister im Laufe dieses Winters...

mit zwei bis drei Produktionen zu erfreuen. Für die Erfüllung dieses Wunsches, dem sich gewiß alle Verehrer...

47. Karlsruhe. Anzeiger. Durch Beschluß großh. evang. Oberkirchenraths v. 5. Nov. 1844, Nr. 23,987...

723 Karlsruhe. Zu verkaufen. Stephanienstraße Nr. 21 im dritten Stock ist ein gut erhaltener sechsstaviger Flügel zu verkaufen.

932. Karlsruhe. (Zu vermieten.) In der Waldhornstraße Nr. 7 sind Stallung für 6 Pferde, nebst Remise und Bedientenzimmer...

933.2 Karlsruhe. Kauf-Antrag. Zwei Fortepiano von 6 1/2 Oktav, eines schon gespielt und das andere noch neu...

Wohnungen zu vermieten: Waldhornstr. Nr. 16 im untern Stock ein möbl. Zimmer mit 1 oder 2 Betten, fogleich od. auf den 1. März; - Waldstraße Nr. 30 im Hintergebäude 1 möbl. Manfardenzimmer...